



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

BSI KRITISIERT GESETZENTWURF ZUR NEUREGELUNG DES SCHORNSTEINFEGERWESENS ALS ZU BÜROKRATISCH UND VERBRAUCHERUNFREUNDLICH

17.06.2008 Fachinformation

"Alte Zöpfe werden nicht abgeschnitten", so auch BBU-Vorstandsmitglied Ludwig Burkardt. Die Bundesregierung habe die Chance zu einer verbraucherorientierten Reform bislang nicht genutzt. "Der aktuelle Entwurf des Gesetzes zur Neuregelung des Schornsteinfegerwesens bringt mehr Bürokratie, weniger Wettbewerb und führt so zu größeren Belastungen für Mieter und Eigentümer", erklärte Lutz Freitag, Vorsitzender der Bundesvereinigung Spitzenverbände der Immobilienwirtschaft (BSI) und Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen. In Deutschland habe sich ein intransparentes System mit überhöhten Anforderungen an die Feuerungsanlagen und kaum nachvollziehbaren Gebühren entwickelt, so Freitag. Für den Verbraucher gebe es keine unabhängige und realistische Einschätzung der Gefahren, die von ihren Feuerungsanlagen ausgehen, und wie diesen kostengünstig und effizient zu begegnen sei. Stattdessen würden die Anforderungen an Feuerungsanlagen und die von Eigentümern und Mietern zu zahlenden Gebühren für das Überprüfen und Kehren mehrfach erhöht und seien wirtschaftlich nicht mehr darstellbar. Die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft hatte bereits vor zwei Jahren konstruktive Vorschläge zu einer Reform des Gesetzes gemacht. Diese seien aber im laufenden Verfahren nicht berücksichtigt worden. Die BSI fordert den Bundestag auf, den Gesetzentwurf grundsätzlich zu verändern. Bei der Neuregelung des Schornsteinfegerwesens sollten die Chancen auf eine nachhaltige Reform genutzt und durch Reduzierung der Anforderungen an die Feuerungsanlagen und die Öffnung der Anlagenüberwachung für den Wettbewerb die Kosten für Mieter, Eigentümer und Wohnungsunternehmen bei gleichbleibender Sicherheit gesenkt werden.

<https://bbu.de/beitraege/bsi-kritisiert-gesetzentwurf-zur-neuregelung-des-schornsteinfegerwesens-als-zu-buerokratisch-und-verbraucherunfreundlich>